

## Im Jahr der ›Afrikanischen Krise‹

Dürre, Hunger, Unterernährung, Bürgerkriegswirren, Menschen auf der Flucht — so, nur so scheint sich Afrika im Jahre 1984 darzustellen. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinen Nationen (FAO) schlägt Alarm, UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar ergreift nach einem Besuch von acht westafrikanischen Staaten die Initiative zu einer konzertierten internationalen Aktion zugunsten Afrikas, der FAO-Generaldirektor schlägt eine Weltkonferenz über die ›Afrikanische Krise‹ vor, die Weltbank gibt erstmals Geld für Nahrungsmittelnothilfe, die 10. Ministertagung der UN-Wirtschaftskommission für Afrika verabschiedet ein ›Sondermemorandum zur wirtschaftlichen und sozialen Krise Afrikas‹, die 10. Ministertagung des Welternährungsrats widmet sich der schwierigen Ernährungslage auf dem Kontinent, eine UN-Konferenz hofft auf Lösungen für das afrikanische Flüchtlingsproblem, der Wirtschafts- und Sozialrat der Weltorganisation debattiert über eine ›Deklaration zur kritischen wirtschaftlichen Lage in Afrika‹ (und kann sich nicht einigen). Afrika hat wie alle in Not geratenen Glieder der internationalen Gemeinschaft Anspruch auf Solidarität; doch in der Öffentlichkeit der ›Gebirgsländer, in der Afrika längst als ›Hungerkontinent‹ stigmatisiert ist, dominiert eher der Mitleidseffekt. Wer aber primär Objekt des Mitleids ist, mit dem braucht man sich nicht ernstlich als Partner oder Forderndem auseinanderzusetzen...

Das Bild Afrikas wird von öffentlichen Medien oder auch internationalen Organisationen häufig genug zu undifferenziert gezeichnet. Unbestritten ist aber, daß Afrika sich gegenwärtig in einem Schwächezustand befindet; dies wird auch dadurch illustriert, daß Pretoria gerade in diesem Jahr Erfolg damit hatte, seine Nachbarn zu einer botmäßigeren Politik anzuhalten. Gerade dieses Jahr eignet sich aber auch in besonderem Maße, den Ursachen der ›Afrikanischen Krise‹ nachzugehen, führt sich doch 1984 zum hundertsten Male der Beginn der Berliner Kongo-Konferenz (und für Deutschland die Gründung seines 30jährigen Kolonialreichs). Sie gilt geradezu als Symbol für die Fremdbestimmung über Afrika und seine Menschen. Auch heute, da die meisten Völker Afrikas ihre Unabhängigkeit längst wiedererlangt haben, sehen sich die Staaten des Kontinents in umfassende weltwirtschaftliche und auch weltpolitische Abhängigkeiten eingebunden und sind — ebendeswegen? — zu Empfängern von internationaler ›Hilfe‹ geworden. So ist die gegenwärtige Krise mehr ein Symptom denn das Problem selbst — in die Krise geraten ist vielmehr im Gefolge der Einwirkungen von außen das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt, der nachkoloniale Nationalstaat, das bisher verfolgte Konzept von ›Entwicklung‹ schlechthin.

Die derzeitige Diskussion inner- und außerhalb der Vereinen Nationen bietet Anlaß, sich in diesem Heft mit den tieferliegenden Ursachen der aktuellen Lage auseinanderzusetzen. Von der sozial- und universalgeschichtlichen Perspektive gehen der Amerikaner Wallerstein und der Deutsche Geiss aus; der Kenianer Mazrui und der Ugander Nabudere analysieren — von recht unterschiedlichen Ansatzpunkten her — die Probleme des nachkolonialen Staates; der Iraner Saidi beleuchtet die Gründe für den Niedergang der afrikanischen Landwirtschaft; der Zairer Mbaya verdeutlicht, daß sich auf dem Gebiet der Menschenrechte wenigstens ein Hoffnungsschimmer zeigt.

## Afrika hundert Jahre nach der Berliner Konferenz

IMMANUEL WALLERSTEIN

### I. Vom ›informellen Imperium‹ zur Aufrichtung der Kolonialgrenzen

Die Berliner Konferenz von 1884/85 ist weit eher politischer denn ökonomischer Wendepunkt in der modernen afrikanischen Geschichte. Man kann sagen, daß die wirtschaftliche Eingliederung verschiedener Teile Afrikas in die kapitalistische Weltwirtschaft bereits 1750 begonnen hatte und 1815<sup>1</sup> schon recht weit fortgeschritten war, und daß die Berliner Konferenz Folge und nicht Ursache dieser Einbeziehung war. Wenn man Afrika aus der Perspektive der Zentrumskräfte des Weltsystems im 19. Jahrhundert betrachtet, läßt sich dies sehr leicht aufzeigen.

Der Zeitraum von 1815 bis 1873 war mehr oder weniger das Zeitalter der britischen Hegemonie in diesem Weltsystem. Die endgültige Niederlage Frankreichs in den Napoleonischen Kriegen brachte nicht nur politischen und militärischen Triumph für Großbritannien, sondern auch einen empfindlichen wirtschaftlichen Rückschlag für dessen Gegner — den einzigen unmittelbaren ökonomischen Rivalen im Hinblick auf Gebietsgröße und Stärke. Dies gestattete es Großbritannien, ein halbes Jahrhundert lang den europäischen Markt zu beherrschen und außerdem die führende Rolle bei der Konsolidierung der Expansion der peripheren Zonen der kapitalistischen Weltwirtschaft, die seit etwa 1750 in Gang war, zu übernehmen (und gleichzeitig der Hauptnutznießer dieser Entwicklung zu sein).

In verschiedenen Teilen des afrikanischen Kontinents, hauptsächlich in den Küstengebieten (insbesondere im Norden, Westen und Süden), begann die Umformung der Produktionsprozesse dergestalt, daß sie in das integrierte Netz der Weltwirtschaft eingebunden wurden. Für diese Umformung der Produktionsprozesse war keine systematische politische Kolonisierung vonnöten. Erforderlich waren dagegen zwei Dinge:

- Erstens die Abschaffung des Sklavenhandels. Die Entwicklung jedweder Form exportorientierter Agrarwirtschaft war grundsätzlich unvereinbar mit politischen Strukturen wie sie zur Aufrechterhaltung des Sklavenhandels erforderlich waren. Schließlich waren Sklavenhändler und Produzenten landwirtschaftlicher Exportgüter Konkurrenten um die gleiche Arbeitskraft.

- Zweitens war die Schaffung und/oder Stärkung politischer Instanzen angezeigt, die bereit waren, die Wirtschaftsströme abzusichern, die für die Einbeziehung in die Weltwirtschaft charakteristisch waren. In einigen Gebieten erwiesen sich bereits bestehende staatliche Strukturen als in der Lage, diese Rolle zu übernehmen. In anderen Gebieten entstanden zu diesem Zweck neue staatliche Strukturen. Und in wieder anderen Gebieten wurden die Strukturen von Kolonisatoren von außen geschaffen.

Vom britischen Standpunkt aus war es nicht so wichtig, wer die Staatsstrukturen in den in die Weltwirtschaft einbezogenen Gebieten kontrollierte. Auch war die Ausweitung der weltweiten

Produktionskapazität nicht so dringlich, denn die Rolle, die den afrikanischen Gebieten im Rahmen der laufenden weltwirtschaftlichen Aktivitäten zugewiesen war, war noch recht unbedeutend. Die Gesamtheit der an anderen Plätzen ablaufenden wirtschaftlich produktiven Prozesse war ungefähr alles, was das Weltsystem auf dieser Entwicklungsstufe bewältigen konnte. Daher waren sowohl Großbritannien als auch diejenigen, die die einzelnen irgendwie in die kapitalistische Weltwirtschaft einbezogenen Gebiete kontrollierten, bereit, die Beziehungen locker zu gestalten. Dies wurde später als »informeller Imperialismus« bezeichnet. Der Imperialismus war Realität in Gestalt der Ströme an Mehrprodukt, aber er war zugleich »informell«, insoweit er ein hohes Maß an politischer Autonomie in Afrika duldete. Aus afrikanischer Sicht reichte der europäische Eingriff nicht aus, um die Stärke der konkurrierenden sozio-politischen Kräfte in ihren historisch eingefahrenen Bahnen entscheidend zu beschneiden — so glaubte man zumindest.

Daß diese »lockere« Atmosphäre nach 1873 verschwand, lag nicht an Entwicklungen innerhalb Afrikas, sondern an strukturellen Veränderungen des Weltsystems als Ganzem. Großbritannien hatte seine Hegemonie eingebüßt. Selbstverständlich war es noch die stärkste Macht der Welt, ökonomisch wie militärisch, aber es war nicht mehr stark genug, um der unumstrittene Gebieter zu sein. Deutschland und die Vereinigten Staaten hatten sich zu Hauptkonkurrenten in den führenden Industriezweigen entwickelt; Frankreich blieb ebenfalls stark. Die »Pax Britannica« wurde somit in Frage gestellt. Außerdem war die Weltwirtschaft 1873 in eine ihrer wiederkehrenden Stagnationsphasen eingetreten, durch welche periodisch die Härte des direkten ökonomischen und politischen Konkurrenzkampfes zwischen den Zentrumsstaaten noch verschärft wird. Jedermann wußte, daß das weitere ökonomische Vorwärtkommen der Staaten neben Großbritannien die Zerschlagung des Monopols erforderte, das Großbritannien tatsächlich über die Handels- und Finanzströme zwischen Zentrum und Peripherie ausübte. Dort, wo Staaten der Peripherie schon als funktionierende Glieder des zwischenstaatlichen Systems politisch etabliert waren, wie beispielsweise in Südamerika, wurde der Konkurrenzkampf der Zentrumsstaaten weitgehend in der wirtschaftlichen Arena ausgefochten. Aber für diesen verstärkten Konkurrenzkampf standen den Zentrumsstaaten noch viele andere Waffen zur Verfügung: Förderung des Zusammenbruchs bürokratischer Reiche (Osmanisches Reich, China), die »zeitweilige« Besetzung souveräner Staaten (seitens der USA in der Karibik), die erzwungene Reform bestehender Staatsstrukturen, um ihnen ihre Rolle als Angehörige des zwischenstaatlichen Systems zuzuweisen (Japan, Siam, Persien, Abessinien). Für alle übrigen galt die Alternative der direkten Kolonisierung.

Die direkte Kolonisierung bot sich aus mehreren Gründen für fast ganz Afrika (zur damaligen Zeit aber auch für Südostasien und Ozeanien) an. Die in Afrika bestehenden politischen Strukturen waren im allgemeinen militärisch schwach; und in vielen Gebieten herrschten wegen der Unruhe im Zuge der Fortdauer des Sklavenhandels unsichere Verhältnisse, die die Einführung der exportorientierten Agrarproduktion erschwerten. Vor allem aber betrachteten Frankreich und Deutschland die direkte Kolonisierung als Mittel, sich das »Vorkaufsrecht« für potentiell wirtschaftlich ertragreiche Gebiete zu sichern und sie dem Zugriff Großbritanniens zu entziehen. Die Kolonisierung war für einige europäische Mächte somit Teil einer merkantilistischen Strategie, die immer wieder als ein Mechanismus entsteht, mit dessen Hilfe die mittleren Mächte versuchen, die wirtschaftliche Stärke der bedeutendsten Macht anzuknabbern. Das ist politisch jedoch nur dann möglich, wenn die ökonomische Vorherrschaft des führenden Staates schon ins Wanken geraten ist. Dies war nach 1873 der Fall; der »Wettlauf nach Afrika« (Scramble for Africa) war die logische Folge.

In diesem Sinne muß der »Wettlauf« als eine gegen Großbritannien gerichtete Taktik — hauptsächlich Frankreichs und Deutschlands — verstanden werden. Großbritannien wäre voll-

auf zufrieden gewesen, wenn sich der Stand der Dinge von vor 1873 wie damals langsam hätte weiterentwickeln können. Sobald Großbritannien aber nicht mehr stark genug war, den »Wettlauf« zu verhindern, mußte es sich wohl oder übel daran beteiligen. Und da es nun einmal an dieser Balgerei teilnahm, gewann es sie auch, denn es war noch immer der stärkste Staat. Großbritannien war insoweit Sieger des Wettlaufs, als es den größten Teil afrikanischen Territoriums unter Kontrolle gebracht hatte. Dieser Rechnung muß man außerdem die portugiesischen Gebiete zuschlagen, die Großbritannien Portugal zu bewahren geholfen hatte, da es wußte, daß es indirekt daraus ökonomischen Nutzen ziehen konnte. Auch den Kongo-Freistaat muß man dazurechnen, der als »offenes« Gebiet beibehalten wurde. Daher war Großbritannien um 1900 nur der Zugang zu den französischen, deutschen und italienischen Gebieten verwehrt (und es erhielt nach dem Ersten Weltkrieg Zutritt zu etwa der Hälfte der deutschen Gebiete).

Plötzlich, binnen kurzer Zeit, war praktisch ganz Afrika in eine Reihe voneinander abgegrenzter »Kolonien« aufgeteilt. An sich änderte dies nicht viel an den ökonomischen Prozessen, aber im Hinblick auf das zwischenstaatliche System, innerhalb dessen ganz Afrika nun zum integrierten, funktionierenden Bestandteil wurde, änderte sich eine ganze Menge. Afrika war von einer Vielfalt politischer Strukturen gekennzeichnet gewesen; kaum eine von ihnen hatte bisher mit dem zwischenstaatlichen System in Verbindung gestanden oder war dessen Regeln unterworfen gewesen. Diese Vielfalt wurde jetzt durch etwa 50 separate Einheiten ersetzt, die alle Anspruch auf Souveränität innerhalb des rechtlichen und politischen Rahmens des zwischenstaatlichen Systems erhoben. Natürlich waren diese souveränen Einheiten in fast allen Fällen nicht wirklich unabhängig, sondern eben Kolonien eines europäischen Staates. Aber sie waren gleichwohl »souverän«. Es handelte sich also um international und rechtlich anerkannte Einheiten mit relativ anerkannten Grenzen und klar definierten rechtlichen Verpflichtungen.

## II. Afrika in der Weltwirtschaft

Heute wissen wir, welche bleibende soziale Realität damals geschaffen wurde. Die Grenzen dieser Gebilde, wie sie 1885 bis 1900 entstanden, sind mit außergewöhnlich geringfügigen Änderungen die Grenzen der unabhängigen afrikanischen Staaten von 1984 geblieben. Außerdem geht es um mehr als um die juristische Definition von Grenzen. Diese Staatsgrenzen sind der Rahmen geworden, innerhalb dessen sich nationales Bewußtsein definiert — für die Regierungen dieser Staaten, aber auch für eine wachsende Zahl ihrer Bürger. Gerade der Begriff des »Staatsbürgers« ist im afrikanischen Kontext eine Funktion der Handlungen, die sich direkt aus den Beschlüssen der Kongo-Konferenz von 1884/85 ergaben.

Auch wenn der Prozeß der Grenzfestlegung selbst nicht aus der ökonomischen Transformation in Afrika hervorging, so hatten die Grenzen doch ökonomische Konsequenzen für Afrika. Hierbei muß man zwischen den wirtschaftlich-finanziellen Interessen der Regierungen der Kolonialmächte und den Interessen der Kapitalfraktionen im Weltmaßstab (besonders natürlich derjenigen, die in den »Mutterländern« ansässig waren) unterscheiden.

Die Regierungen mochten wohl mittelfristig Interesse an der Förderung der Belange der kapitalistischen Schichten in ihren Ländern gehabt haben, ihr kurzfristiges Ziel bestand jedoch darin, die Ordnung in den Kolonien mit möglichst geringem Kostenaufwand für den Steuerzahler in den Metropolen aufrechtzuerhalten. Kolonien sind kostspielig. Irgendjemand muß die Kosten für Verwaltung, Armee und wenigstens ein Minimum an Infrastruktur tragen. Die einfachste Lösung — oder zumindest diejenige, die der Metropole die geringste finanzielle Last aufbürdete — bestand darin, die Kolonisierten selbst die Rechnung begleichen zu lassen. So entstand die weitverbreitete

Politik, irgendeine Art örtlicher Steuer einzuführen, die zur ›Deckung‹ der Kosten der Kolonialverwaltung dienen sollte. Eine solche Notwendigkeit wies schon in Richtung einer Ausweitung der marktbezogenen Warenwirtschaft, sei es auch nur, um die Steuerzahlung in Form von Geld zu ermöglichen.

Nach 1900 deckte sich dieser Bedarf der Kolonialverwaltungen mit andersgearteten, aber konvergierenden Interessen der europäischen kapitalistischen Schichten. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Zeit von 1897 bis 1920 machte die Ausweitung der Weltproduktion eine erhebliche Produktionserweiterung bei einer ganzen Reihe von Primärprodukten erforderlich. Afrika hatte eine Vielfalt an Böden und Klimata anzubieten, so daß viele dieser Produkte dort angebaut werden konnten. Da die marktbezogene Warenwirtschaft in Afrika sich zu dieser Zeit auf (im Weltmaßstab gesehen) relativ niedrigem Niveau bewegte, war es außerdem im großen und ganzen möglich, ein Heer von Kräften, die nur einen Teil ihrer Lebensarbeitszeit als Lohnarbeiter verbrachten, bei (wieder im Weltmaßstab gesehen) relativ niedrigen Löhnen zu beschäftigen. Die Produkte wurden also gebraucht und die zu erwartende Profitrate war relativ hoch, ganz gleich, ob in Form von Plantagen oder bäuerlichen Betrieben produziert wurde.

Daher versuchten sowohl die Verwaltungen als auch die kapitalistischen Schichten die Arbeitskraft auf vielerlei Art und Weise zur Ware zu machen, um die Wirtschaft zu ›entwickeln‹. Der französische Ausdruck hierfür war in der Tat außerordentlich präzise. Die Franzosen sprachen von der ›mise en valeur‹ der Kolonie. Die Wörterbücher geben dies englisch mit ›increase in value‹ (Wertsteigerung) wieder, wörtlich heißt es aber: ›(etwas) in eine Form bringen, in der es Wert hat.

Afrikas ›mise en valeur‹ war kein einfaches Vorhaben. Erstens widersetzten sich die afrikanischen Arbeiter (die sogenannten unabhängigen Landwirte eingeschlossen) der gesteigerten Ausbeutung ihrer Zeit und Energie und der Zerstörung ihrer Lebensweise — Dinge, die die neuen exportorientierten Produktionsabläufe in Landwirtschaft und Bergbau mit sich brachten. Vielerorts wurde in verschiedener Weise offen rebelliert; passive Sabotage gab es fast überall.

Zweitens deckten sich die Interessen der Kolonialverwaltungen und der kapitalistischen Schichten im allgemeinen wohl in der Anfangszeit der ökonomischen Transformation, aber ihre kurzfristigen Interessen waren nach 1920 (aus einer Reihe von Gründen) und nach 1950 (aus wieder anderen Gründen) doch oft unterschiedlich.

Drittens umfaßt der Begriff ›kapitalistische Schichten‹ mindestens zwei ganz verschiedene Bestandteile: jene großen Unternehmen in den Metropolen, die direkt oder indirekt am Produktions- und Kapitalfluß beteiligt waren, und jene wesentlich kleineren europäischen Firmen oder Individuen, die in den Kolonien selbst operierten. Ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen gingen regelmäßig auseinander und sollten häufig Ursache kolonialpolitischer Verunsicherung sein.

Über die gesamte Zeitspanne von 1900 bis 1945 läßt sich sagen, daß sie, abgesehen von einigen Bergbaugebieten, im Hinblick auf die Integration der Produktionsprozesse des Kontinents in die Weltwirtschaft nur eine sehr eingeschränkte ›mise en valeur‹ mit sich brachte. Die Folge war, soziologisch gesehen, ein ähnlich niedriger Grad der Umwandlung der Arbeitskraft (kaum des Bodens) in Ware; auch die Urbanisierung und damit gleichzeitig die Verbreitung von Verkehrs- und Kommunikationsmitteln ging sehr langsam vonstatten. Politische Folgeerscheinung war die Politisierung einer kleinen afrikanischen Gebildetenschicht. Aber noch war (außer vielleicht in Südafrika) der afrikanische Nationalismus keine zeitgemäße Form politischer Organisation.

All die wirklich einschneidenden Veränderungen fanden eigentlich erst in der Zeit nach 1945 statt. Erst dann nämlich hatte Afrika seine Produktionsaktivität so weit ausgedehnt, daß es überhaupt als Mehrwertproduzent im Weltmaßstab eine Rolle zu spielen begann. (Zweifellos traf dies für Südafrika schon in

der Zeit zwischen den Kriegen zu, aber selbst dort war in den Jahren nach 1945 eine bedeutende Erweiterung des Mehrwertexports zu verzeichnen.) Die Jahre nach 1945 stellten zugleich die Ära der sogenannten Entkolonisierung dar. Beide Phänomene sind nicht ohne Zusammenhang; auch sind sie sicherlich nicht als Widerspruch zu verstehen.

### III. Entkolonisierung,

#### Neokolonialismus und Anti-System-Bewegungen

Die Jahre von 1945 bis etwa 1970 waren eine Zeit unangetasteter Hegemonie der Vereinigten Staaten im Weltsystem. Perioden unbestrittener Hegemonie (relativ selten) sind normalerweise Zeiten der Entkolonisierung, denn die Hegemonialmacht benötigt keine politischen Kontrollmechanismen, um sich ökonomisch durchzusetzen. Gleichzeitig gelingt es den zweitrangigen Mächten (die diese Mechanismen brauchen) nicht, dem Zweifronten-Angriff (von unten durch die Kolonisierten und von oben durch die Hegemonialmacht) gegen die Zwänge der Monopolisierung, die die Kolonialherrschaft verkörpert, standzuhalten.

Die Zeit von 1945 bis 1970 war außerdem eine Phase der Expansion der Weltwirtschaft, und zwar größeren Umfangs als man aus irgendeiner vorherigen Phase hegemonialer Reife gewohnt gewesen wäre. Das hieß, die ›mise en valeur‹ afrikanischer Produktion für den Weltmarkt mußte in beträchtlichem Maße gesteigert werden. Wenn die Basis einer exportorientierten Produktion erweitert werden soll, ist dafür einerseits tatsächliche Nachfrage (die vorhanden war) und jemand, der Kapital investiert, erforderlich — ganz gleich, woher das Kapital (das tatsächlich in ausreichendem Maße vorhanden war) eigentlich stammt. Andererseits wird ein strukturiertes und möglichst billiges Angebot an Arbeitskraft benötigt.

---

#### Autoren dieser Ausgabe

*Dr. Imanuel Geiss, geb. 1931, ist seit 1973 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen; Verfasser von ›Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation, Frankfurt 1968 (englische Ausgabe 1974).*

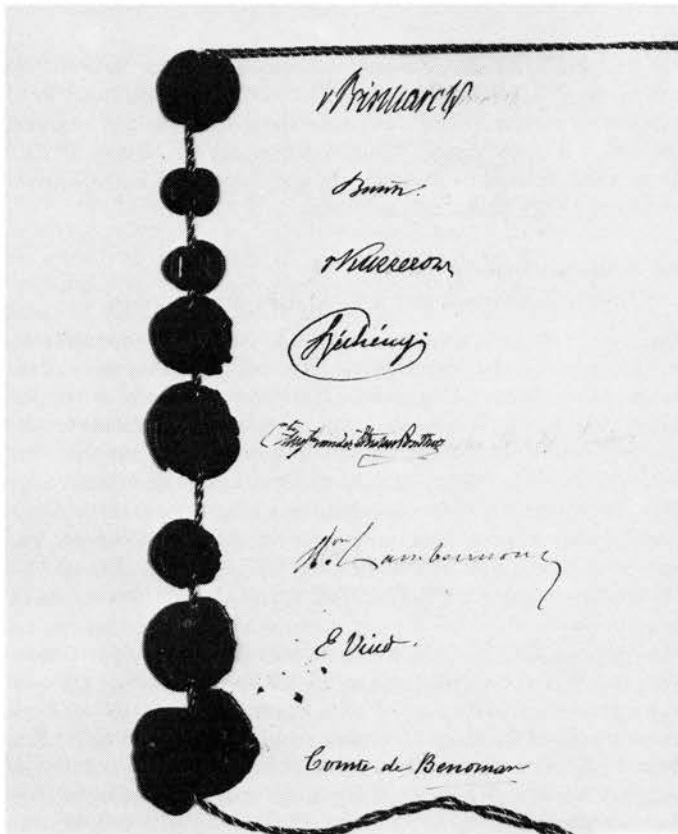
*Dr. Ali A. Mazrui, geb. 1933, ist Professor für Politikwissenschaft und Afroamerikanische und Afrikanische Studien an der Universität Michigan und Forschungsprofessor an der Universität Jos (Nigeria). 1978–1984 Vizepräsident des Internationalen Kongresses für Afrikanische Studien.*

*Dr. Dr. Dr. Etienne-Richard Mbaya, geb. 1940, Professor, zuvor an der Karls-Universität in Prag tätig, liest im Rahmen eines Lehrauftrags am Seminar für Staatsphilosophie und Rechtspolitik der Universität Köln über Vergleichende Rechtssysteme und Menschenrechte.*

*Dr. Dan Wadada Nabudere, geb. 1932, war 1973–1979 außerordentlicher Professor für Jura an der Universität Daressalam. Justizminister in der ersten Regierung der Ugandischen Nationalen Befreiungsfront 1979, seit 1980 wieder im Exil. Vizepräsident der Afrikanischen Gesellschaft für Politikwissenschaft.*

*Dr. Khosrow Saidi, geb. 1938, Professor, ehemaliger Vizepräsident der Universität Urumia (Iran), liest im Rahmen eines Lehrauftrags an der Universität Hohenheim über Agrarpolitik in Entwicklungsländern (SS 1984). 1983 fünfmonatiger Afrika-Aufenthalt (Lesotho, Sierra Leone).*

*Dr. Immanuel Wallerstein, geb. 1930, ist seit 1976 Professor für Soziologie an der New Yorker Staatsuniversität in Binghamton. 1955–1970 forschte er hauptsächlich über Afrika. Veröffentlichungen zum Modernen Weltssystem.*



»... Verräth es nicht ein außerordentlich naives Rechtsbewußtsein, wenn sich dort in Berlin eine Anzahl von Deutschen, Engländern, Franzosen, Italienern, Belgiern, Portugiesen, Nordamerikanern u.s.w. hinsetzen, um sich gegenseitig Rechte auf ein Gebiet zugestehen, dessen Einwohner sie in keiner Weise bevollmächtigt haben, ja die nicht einmal um ihre Ansicht befragt worden sind. Man denke sich doch einmal den Fall, daß sich z. B. China, Japan, Persien u.s.w. zu einer Konferenz zusammenthäten, um sich gegenseitig gleiche Rechte auf Deutschland einzuräumen. Wir würden das eine Dummheit und eine maßlose Frechheit nennen, und doch wäre der einzige Unterschied der, daß es sich im letzteren Falle nur um eine Kinderei handelte, während es den europäischen Nationen mit der Kongokonferenz blutiger Ernst ist. Ich wüßte in der That aus der ganzen Weltgeschichte kein einziges Beispiel zu nennen, wo die Besitzergreifung fremden Eigenthums so ohne alle Formalitäten vor sich gegangen wäre, wie auf der eben beendigten Kongokonferenz.« So zu lesen in einer 1885 aufgrund des Sozialistengesetzes im Ausland, in Zürich, erschienenen Streitschrift des Pädagogen und Schriftstellers Jens Lauris Christensen (»Gegen unsere Kolonialpolitik. Ein ruhiges Wort in bewegter Zeit«). Derart klarsichtige zeitgenössische Kritik war selten; meist standen auch für die Kolonialkritiker Kosten-Nutzen-Erwägungen im Vordergrund. — Oben: die ersten Unterschriften unter der am 26. Februar 1885 unterzeichneten »General-Akte« der Kongo-Konferenz.

Letzteres zu gewährleisten, ist viel eher ein sozio-politisches als ein ökonomisches Problem. Es ist eine alte Binsenweisheit, daß man, will man Leute dazu zwingen, Dinge zu tun, die sie ungern tun, sich lieber eines Vermittlers bedienen sollte, der eine andere Art von Druck ausüben kann als rohe Gewalt; das ist besser, als selbst und direkt Gewalt anzuwenden zu versuchen. In der Zeit vor 1945 hatten sich die Kolonialmächte in Afrika noch der einen oder anderen Form des unmittelbaren Zwanges bedient, um sich genügend Arbeitskraft zu sichern (Kopfsteuer, Fronarbeit usw.). Die frühen nationalistischen Bewegungen in den Jahren nach 1945 konnten ihre Mobilisierung oft auf die Ablehnung solcher Praktiken durch die Öffentlichkeit stützen. Es ist daher kein Wunder, daß die Entkolonisierung des britischen, des französischen und des belgischen Afrika so relativ schnell und relativ ohne Blutvergießen vonstatten ging. Die Kombination aus afrikanischer Mobilisierung, asiatischem Beispiel, Quasi-Komplizenschaft der Vereinigten Staaten und westeuropäischer Schwäche erwies sich als sehr wirkungsvoll. Nach einigem anfänglichen Widerstand seitens der Kolonialmächte brach der Damm in den Jahren 1956 bis 1960, und plötzlich war Afrika unabhängig. Das galt natürlich nicht für Algerien, Portugiesisch-Afrika, Südrhodesien und Südafrika. Aber in jedem dieser Fälle lag (liegt) der Unterschied darin, daß dort noch andere Interessen an der Aufrechterhaltung des Status quo bestanden (bestehen), die bei einer Entkolonisierung auf dem Spiel standen (stehen) und daher beharrlich verteidigt wurden

(werden). Aber sogar dort bröckelte schließlich der Widerstand, außer in Südafrika, wo der Kampf vermutlich lang und heftig sein wird.

Welche Bedeutung hat dieser massive Souveränitätstransfer? Große und geringe Bedeutung zugleich. Beginnen wir mit der geringen Bedeutung. Afrika insgesamt hat seine ökonomische Position innerhalb der Weltwirtschaft wohl nicht verbessern können. Pessimistische Bewertungen der Leistungen der letzten zehn bis zwanzig Jahre sind weitverbreitet, auch wenn die politischen Schlußfolgerungen, die daraus abgeleitet werden, sehr breit gefächert sind (von, sagen wir, dem Berg-Bericht der Weltbank bis hin zum Aktionsplan von Lagos der Organisation der Afrikanischen Einheit). Wenn man überhaupt eine Schlußfolgerung ziehen will, dann könnte man sagen, daß Afrika eher schlechter dasteht, und zwar gerade weil die Entkolonisierung Afrika eine bedeutend intensivere Teilnahme am Produktionsgeflecht der Weltwirtschaft ermöglicht hat (auch wenn dies der Weltbank längst noch nicht weit genug geht).

Die »Entwicklungs«-Pläne der unabhängigen afrikanischen Staaten haben sich alle in diese Richtung bewegt, auch dort, wo »Vertrauen in die eigene Kraft« ideologisch eine Rolle spielte (wo nicht, erst recht). Nichts in der politischen und wirtschaftlichen Konjunkturlage der achtziger Jahre deutet darauf hin, daß eine baldige Umkehr dieser historischen Tendenz zu erwarten wäre. Den »Neokolonialismus« kann man immer wieder beklagen, aber er ist nun einmal erdrückend mächtige Realität in Afrika unserer Tage.

Doch ist das Bild Afrikas seit der Unabhängigkeit natürlich nicht nur ein Bild wirtschaftlicher Düsternis. Durch die Unabhängigkeit ist der kollektive politische Einfluß Afrikas im Welt-system gestärkt worden — trotz ständiger Staatsstrieche und schwacher Staaten. Man kann zwar wie der tansanische Präsident Julius Nyerere von einem »zweiten Wettlauf nach Afrika« sprechen, aber die durchgängige politische Mißachtung afrikanischer Ansprüche, die die Berliner Konferenz von 1884/85 kennzeichnete, gehört der Vergangenheit an und ist heute nicht wiederholbar. Afrika mag zwar schwach sein — wehrlos ist es nicht.

Daß sich »1884« im Jahre 1984 nicht wiederholen kann, liegt an der politischen Stoßkraft, die die Mobilisierung des Volkes durch Anti-System-Bewegungen gewinnen konnte — und immer noch gewinnt, denn es handelt sich hierbei um ein in ganz Afrika verbreitetes, wenn auch diskontinuierliches Phänomen. Diese Bewegungen, die (wie in anderen peripheren Regionen des Weltsystems) nationalistische und sozialistische Anliegen miteinander verbinden — was schon fast die Definition von »nationaler Befreiungsbewegung« ist —, haben Bewußtsein verändert, dadurch zugleich das Organisationspotential und damit das weltpolitische Kräfteverhältnis. Man muß im Hinblick auf das Ausmaß dieser Entwicklung nicht einmal übertreiben, um zu erkennen, daß es sich hier um eine bedeutende Variable handelt, heute und in den kommenden Jahren.

Auf diesem Gebiet steht Afrika nicht allein. Die politischen Veränderungen finden im gesamten Weltsystem statt. Hier liegt einer der Hauptgründe für ihre Stärke in einer beliebigen Einzelregion. Die Frage ist, in welche Richtung die Entwicklung geht.

Drei zentrale Variablen müssen berücksichtigt werden, wenn man über die Aussichten für die kommenden zwanzig Jahre diskutiert. (Voraussagen über eine längere Zeitspanne halte ich für unsinnig.) Die erste Variable ist die Entwicklung des zwischenstaatlichen Bündnissystems unter den Hauptmächten. Angesichts der akuten wie auch der noch zu erwartenden wirtschaftlichen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan in der gegenwärtigen Stagnationsphase der Weltwirtschaft, angesichts auch des Zusammenbruchs ideologischer Barrieren in der Sowjetunion und in China, zeichnet sich eine größere Umgruppierung der wirtschaftlichen (und implizit der politischen) Allianzen ab. Ich habe andernorts<sup>2</sup> dargelegt, weshalb ich erwarte, daß wahrscheinlich im endgültigen Ergeb-

nis eine Washington-Tokyo-Peking-Achse einer Paris-Bonn-Moskau-Achse gegenüberstehen wird. Das gibt zwar ökonomisch, nicht aber ideologisch Sinn. Ich möchte an dieser Stelle jedoch nicht weiter hierauf eingehen. Sollte sich aber ein derartiges Bündnissystem herauskristallisieren, wäre dies für Afrika wahrscheinlich recht nützlich, denn es wäre dann »umstrittenes« Gebiet und beide Seiten müßten um es »werben«.

Auf einem ganz anderen Blatt steht, zweitens, die künftige Entwicklung der Weltfamilie der Anti-System-Bewegungen. Dort herrscht momentan große Verwirrung. In den Metropolen werden die dominierenden alten Bewegungen der II. Internationale durch die verschiedenen Erscheinungsformen der sogenannten Neuen Linken unter Druck gesetzt. In den sozialistischen Ländern sind die an der Macht befindlichen Bewegungen der III. Internationale den Angriffen verschiedenster Bewegungen ausgesetzt, von denen Solidarnosc lediglich die bekannteste ist. In der Dritten Welt verfolgen traditionelle Befreiungsbewegungen immer noch ihre Ziele in Ländern, in denen noch keine »Revolution« stattgefunden hat — vom ANC Südafrikas bis zur FMLN/FDR El Salvadors.

Wir haben es mit einer ernstzunehmenden Krise innerhalb der Anti-System-Bewegung zu tun, die sich strukturell um ihre jetzt fünffache Spaltung dreht, und mit wachsender Skepsis hinsichtlich der langfristigen Wirksamkeit der klassischen Strategien. Die Frage ist, ob es in den nächsten zwanzig Jahren Neuansätze für eine Strategie-Synthese geben wird und infolgedessen den Beginn eines neuen, transnationalen Bündnisses von Bewegungen. Das ist noch längst nicht sicher, denn diese Aktivitäten haben ja gerade erst begonnen. Dennoch, wenn sie auch nur ein Stückchen vorankämen, könnten sie die Lage Afrikas

erheblich beeinflussen. Die dritte und letzte Variable ist die Frage, wie es in Afrika selbst weitergeht. Afrika ist der ärmste Teil der Peripherie und als letzter entkolonisiert worden. Mit der — höchst wichtigen — Ausnahme von Südafrika und Namibia haben inzwischen alle afrikanischen Staaten die erste Runde der Mobilisierung und des politischen Wandels hinter sich. Die Ergebnisse sind unbefriedigend. Es ist klar, daß sich eine zweite Runde anbahnt; weniger klar ist, in welcher Gestalt. Darüber besteht so viel Unklarheit, daß man zögert, präzisere Voraussagen zu treffen.

Man kann feststellen, daß die wohl wichtigste einzelne Variable für Afrikas unmittelbare Zukunft im Ziel und in der Richtung der Anti-System-Mobilisierung innerhalb der unabhängigen afrikanischen Staaten selbst besteht. Hierfür kann der Kampf in Südafrika wichtige Impulse liefern. Nkrumah ist zu früh dagewesen. Ein neuer panafrikanistischer, antikapitalistischer Vorstoß kann durchaus Realität werden. Ich meine einen wirklichen Vorstoß und nicht nur Sprücheklopfen. Aber er muß von innen kommen, um erfolgreich zu sein. Hier liegt tatsächlich die Herausforderung der nächsten zwanzig Jahre. Wenn aber ein solcher Vorstoß sich ereignet, wird er die Gegebenheiten des Weltsystems grundlegend verändern. Ausschließen läßt sich diese Möglichkeit jedenfalls nicht.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe meinen Beitrag »Africa and the World-Economy«, der in Band VI der von der UNESCO herausgegebenen Allgemeinen Geschichte Afrikas erscheint (J.F.A. Ajayi (ed.), *The Nineteenth Century Until the 1880's*).
- 2 Siehe meinen Beitrag »Crisis as Transition« in: S. Amin, G. Arrighi, A.G. Frank and I. Wallerstein, *Dynamics of Global Crisis*, New York (Monthly Review) 1983.

## Afrika zwischen Zentrum und Peripherie

IMANUEL GEISS

Der Titel des Beitrags enthält drei heute gängige Schlüsselwörter: Afrika, Zentrum, Peripherie. Sie sind jedoch nicht selbstverständlich, sondern (wie alles Menschliche) nur relativ zu verstehen, mit beschränkter, weil historisch umgrenzter Aussagekraft. Als scheinbar universale Kategorie sind sie nur hantierbar durch möglichst präzise Definition in Zeit und Raum. Ein fruchtbarer Umgang mit ihnen erfordert daher einige grundsätzliche Vorklärungen, die aber schon mitten in die Thematik führen.

Afrika ist, wie der Name der übrigen Kontinente, nur eine praktische Abstraktion zur Benennung eines als räumliche Einheit erfaßten Erdteils. Der Name kommt (wie Asien) von der antiken Bezeichnung einer kleinen Landschaft, des Gebiets um Karthago, und breitete sich von dort zunächst über das gesamte von den Römern beherrschte Nordafrika aus. Er wurde erst später von den Europäern im Zeitalter der »Entdeckungen« auf den gesamten Kontinent übertragen. »Afrika« und »Afrikaner« also sind von außen stammende kollektive Bezeichnungen. Auch das ist nicht ungewöhnlich in der Geschichte. So sind »Germanen« und »Slawen« ähnliche Sammelbezeichnungen Außenstehender zur Zusammenfassung von Völkern und Stämmen zu einem Zeitpunkt, als sie sich selbst noch gar nicht als ethnische, sprachliche oder gar politische Einheit hätten verstehen können.

Entsprechend wäre vor Ankunft der Europäer und vor Aufnahme der von ihnen vermittelten Kenntnisse und Kategorien kein »Afrikaner« dazu in der Lage gewesen, sich und Afrika als Einheit zu sehen oder gar abstrakt zu definieren. Er hätte sich stets nur als Angehöriger eines Clans, eines Stammes oder eines größeren Volkes verstanden. Eine solche Aussage hat nichts mit geistigem Hochmut eines Europäers, mit kulturellem Kolonialismus oder Neokolonialismus zu tun, sondern umreißt nur einen universalen Mechanismus, der so überall und zu allen

Zeiten wirkt, auch auf »Europäer« in früheren Phasen ihrer Geschichte: In der Regel sehen erst Außenstehende den gemeinsamen Nenner für Großgruppen von Menschen.

Nach den Europäern waren daher Menschen afrikanischer Abstammung, ehemalige Sklaven oder deren Nachfahren, die in England oder Amerika die moderne Bildung Europas aufgenommen hatten, seit dem späten 18. Jahrhundert die ersten »Afrikaner«, die Afrika überhaupt als Einheit begriffen, eben weil sie die frühere Heimat ihrer Väter inzwischen von außen und mit übergreifenden Kategorien sahen. Nicht zufällig ging von solchen Gruppen, ferner von denjenigen mit dem längsten und intensivsten Kontakt mit Europäern (an der westafrikanischen Küste) der moderne afrikanische Nationalismus aus, der sich seit dem späten 19. Jahrhundert zum Panafrikanismus als eine auf den Kontinent Afrika projizierte Befreiungs- und Einigungsbewegung erweiterte.

#### *Zentrum und Peripherie in der Weltgeschichte*

»Zentrum« und »Peripherie« sind jüngste, fast schon modische Begriffe aus dem Bereich der Bemühungen, Probleme der sich entfaltenden Welt-Gesellschaft auf den Begriff zu bringen, in der Regel mit fortschrittlichen, antiimperialistischen, europä- und kapitalismuskritischen Vorzeichen. Die Einbeziehung Afrikas in die historischen und zeitgenössischen Zentrum-Peripherie-Beziehungen erfolgt vor allem von der sogenannten Dependenz-Theorie, die selbstverständlich von Europa als Zentrum der modernen Entwicklung ausgeht. Diese Selbstverständlichkeit ist ein Reflex eurozentrischer Sicht, nur jetzt kritisch gemeint. Jede noch so wohlgemeinte Selbstkritik an wirklicher oder angeblicher Europazentriertheit dreht sich jedoch im Kreise, wenn sie nur — manchmal bis zur Selbstzerstörung — Kompensierung für frühere Sünden seit der Expansion Europas in Übersee ist, die Europa vor einem halben Jahrtausend